

Kurzt notiert

Corona-Prognose. Das Covid-Prognosekonsortium erwartet ab sofort ein Ende des sommerlichen Infektionsrückgangs. Darauf deuten die gemeldeten Fallzahlen und die Belagsentwicklung in den Spitälern hin, hieß es im wöchentlichen Update der Modellrechner von TU Wien, MedUni Wien und Gesundheit Österreich GmbH (GÖG). Damit einhergehende Anstiege im Spitalsbelag würden „jedoch moderat erwartet“. Genaue Zahlen zur Inzidenz für die kommenden sieben Tage werden seit einigen Wochen aufgrund der geringeren Testungen und damit unklarer Dunkelziffer der Neuinfektionen nicht mehr prognostiziert.

Land Vorarlberg. Der Landesrechnungshof (LRH) Vorarlberg hat bei der Prüfung vom Land vergebenen externer Beratungsleistungen einige erhebliche Mängel gefunden. So wurden die Aufträge fast nur mündlich und oft vor dem entsprechenden Beschluss der Landesregierung erteilt. Auch bei der Kontrolle von Ergebnissen und Kosten haperte es, so LRH-Direktorin Brigitte Egger-Bargehr. Das Land habe auf Grundlage der Empfehlungen des Rechnungshofs nun eine verpflichtende interne Richtlinie herausgegeben. Diese sei „sehr hilfreich“ für Abteilungen, die mit solchen Vergaben wenig Erfahrung haben, so die Rechnungshofdirektorin.

Festnahme. Im Fall eines zweifachen Tötungsdeliktes in Wien ist am Dienstag in Frankreich ein Verdächtiger festgenommen worden. Der 49-Jährige soll in der Nacht auf den 4. August seine Lebensgefährtin (32) und deren 15-jährige Tochter getötet haben. Die beiden anderen Kinder der Frau – zwei Buben – hatten in einer Arztpraxis um Hilfe gebeten. Landes- und Bundeskriminalamt konnten die Fluchtroute nachzeichnen und den Mann nun ausforschen.

Bodenschutz-Preis. Leonore Gewessler hat zum ersten Mal den „Erdreich“-Preis verliehen. 15 Projekte wurden ausgezeichnet, jeweils drei in den Kategorien „Bodengesundheit“, „Flächensparen“, „Flächenrecycling“, „Partizipation“ und „Kommunale Vorreiter“. Künftig soll der Preis alle zwei Jahre vergeben werden. Die Verleihung fand im Rahmen des „Brachflächen-Gipfels“ statt, bei dem das Thema Flächenrecycling im Mittelpunkt stand.

Kalte Progression für 2023

Einkommensteuer Tarifgrenzen in Euro	Anpassung in Prozent	Tarifgrenzen neu	Steuersatz
bis 11.000	6,3	bis 11.693	0 %
18.000	6,3	19.134	20 %
31.000	3,47	32.075	30 %
60.000	3,47	62.080	41 %
90.000	3,47	93.120	48 %
ab 90.000	3,47	ab 93.120	50 %

Verkehrsabsatzbetrag	Anpassung in Prozent	Verkehrsabsatzbetrag neu
400 Euro	5,2	421 Euro
690 Euro (erhöht)	5,2	726 Euro (erhöht)
650 Euro (Zuschlag)	5,2	684 Euro (Zuschlag)

WZ-Grafik; Quelle: Bundesministerium für Finanzen; Foto stock.adobe.com

WIENER ZEITUNG

Ein Feiertag für Steuerzahler und unerwünschte Befindlichkeiten

Die Regierung sieht die Abschaffung der schleichenden Steuererhöhung ab 2023 als Dauerlösung.

Von Karl Ettinger

So fidel erlebt man Vizekanzler Werner Kogler nicht alle Tage. Oft kiefelt der Grünen-Chef daran, dass die SPÖ als größte Oppositionspartei umfangreiche Maßnahmenpakete der Bundesregierung kleinredet und seiner Partei die Schuld in die Schuhe schiebt. „In der Tat, es sind historische Schritte gelungen“, frohlockt Kogler. Der Ministerrat hat am Mittwoch zuvor nicht nur die von Vorgängerregierungen angekündigte, aber nie durchgeführte Abschaffung der kalten Progression ab 2023 beschlossen. Als Draufgabe kam die von den Grünen herbeigesehnte Valorisierung der Sozialleistungen dazu.

Kogler ist gar nicht zu bremsen: „Diese Regierung macht’s. Wir machen’s.“ Da dauern die Ausführungen des Vizekanzlers gleich einmal doppelt lang so wie jene von Bundeskanzler Karl Nehammer. Der Regierungschef hat davor in einfachen Worten dargelegt, was hinter dem Bürokraten-Deutsch steckt: „Die kalte Progression ist die schleichende Steuererhöhung.“ Die nun beschlossene Abschaffung „heißt, dass tatsächlich mehr bleibt vom Lohn“. Konkret rutschen Steuer-

zahler bei Lohnerhöhungen nicht mehr automatisch in eine höhere Steuerstufe, weil die Steuergrenzen dafür angehoben werden.

Im kommenden Jahr bleiben der Bevölkerung damit in Summe nach Regierungsberechnungen 1,8 Milliarden mehr in der Geldbörse. 2024 sollen es dann bereits 4,3 Milliarden Euro sein. 4,5 Millionen Arbeitnehmer, 2,5 Millionen Pensionisten und 500.000 Selbständige profitieren demnach von diesem Entlastungspaket. Praktisch ein Feiertag für Steuerzahler, der eben auf den 14. September fällt.

Was die Neuregelung dem Einzelnen bringt

Zwar wird das Ende der schleichenden Steuererhöhung nicht mittels Verfassungsgesetz einzementiert. Die amtierende Koalitionsspitze ist aber überzeugt, dass keine Nachfolgeregierung das anfasten und das Rad der Zeit zurückdrehen wird, sondern dass es sich um eine Dauerregelung handelt. „Das heißt, es ist nachhaltig“, formuliert er stolz. Er will es als Beweis verstanden wissen, dass ÖVP und Grüne gut arbeiten und er als Regierungschef auch etwas weiterbringt. Jede Nachfolgeregierung werde sich schwer tun, das rückgängig zu machen.

Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) kommt in dem Quartett beim Pressefoyer nach dem Ministerrat die Rolle zu, das mit Zahlen zu untermauern: „Wirklich eine historische Reform.“ Nur 26 Stellungnahmen seien eingelangt, was er als Beweis dafür sieht, wie gut dieses Regierungsvorhaben ist. Ein Beispiel: Ein Pensionist mit 1.582 Euro brutto im Monat erspare sich 2023 dann 371 Euro an Steuern, bis 2026 seien es insgesamt 3.771 Euro.

Die grüne Klubobfrau Sigrid Maurer, dieses Mal ohne ihren ständigen Begleiter ÖVP-Klubobmann August Wöginger, ist die Vierte im Bunde. Sie darf nochmals ausdrücklich hervorstreichen, dass die jährliche Valorisierung der Sozialleistungen ein „wichtiger Beitrag, was den Zusammenhalt in der Gesellschaft“ betrifft, sei. Danach zählt sie auf, welche staatlichen Leistungen ab 2023 automatisch jährlich an die jeweilige Inflation angepasst werden. Bezieher erleiden damit keinen Wertverlust mehr. Es gilt dies für Familienbeihilfen, Kinderbetreuungsgeld, Mehrkindezuschlag und steuerlichen Kinderabsatzbetrag, weiters für Krankengeld; Rehabilitationsgeld, Wiedereingliederungsgeld, Umschulungsgeld und Studienbeihilfen. Bei Pflege-

geld und Sozialhilfe gilt die Anpassung bereits.

Der Fluch des mit Getöse erfolgten Abgangs von Laura Sachslehner als ÖVP-Generalsekretärin verfolgt den ÖVP-Chef zumindest mit lästigen ORF-Journalistenfragen bis ins Kanzleramt. Nehammer will sich dadurch diesen Tag aber nicht vermiesen lassen.

Ex-Generalsekretärin und „echte Herausforderungen“

Man habe sich im Ministerrat mit den „echten Herausforderungen“ für die Menschen beschäftigt, sagt er ausweichend. Sachslehner hat ihren Rücktritt mit einem Seitenhieb auf den Obmann begründet, weil eine ÖVP, die für einen Klimabonus für Asylwerber sei, nicht ihre Werte vertrete. Das bietet Gelegenheit für eine Nachfrage. Es handle sich um eine „ehemalige Generalsekretärin“, betont er, man müsse sich hier nicht mit „Parteibefindlichkeiten“ aufhalten. Damit wischt Nehammer das unerwünschte Thema weg.

Andere unerquickliche Punkte kommen nicht mehr zur Sprache: das Ausbleiben des Gehaltszuschusses für Pflegekräfte, der Ärger in Tiroler ÖVP, dass Kogler der Landjugend Corona-Fördergelder wieder abknöpfen will. Davor wird das Pressefoyer beendet. ■

ÖVP-Ladungen gingen im U-Ausschuss ins Leere

Die ÖVP wollte Vergaben unter Werner Faymann und Christian Kern untersuchen, dem Verfahrensrichter fehlte der Zusammenhang.

Von Patrick Krammer

Der ÖVP-Untersuchungsausschuss stand am Mittwoch im Zeichen der SPÖ. Grund dafür war die Ladungspolitik des parlamentarischen Kontrollgremiums, der es der ÖVP ermöglichte, alle Auskunftspersonen des Tages zu bestimmen. Sie interessierte sich für Vergaben des Bundeskanzleramtes unter den SPÖ-Kanzlern Werner Faymann und Christian Kern. Die ÖVP wollte die Förderung für einen SPÖ-nahen Verein, eine Migrationsstudie und einen Beratervertrag beleuchten, hieß es im Vorfeld.

Die große Frage war allerdings, ob diese Themen überhaupt in den Untersuchungszeitraum und

den Untersuchungsgegenstand fallen. Dieser ist nur gegeben, wenn eine Verbindung mit der ÖVP hergestellt werden kann. Ein Begriff, der für die Volkspartei schwammig ist. „Auch ein Koalitionspartner steht in einem Verhältnis zur ÖVP“, argumentierte Fraktionsführer Andreas Hanger.

Der Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl konnte mit dieser Argumentation wenig anfangen. Die meisten Fragen des ÖVP-Abgeordneten Christian Stocker wurden nicht zugelassen, der Fluss von Geschäftsordnungsdebatten unterbrochen. Eigentlich wollte Stocker darlegen, dass die Paul Lazarsfeld Gesellschaft unter der SPÖ parteipolitische Umfragen durchgeführt habe. Die dazu gela-

dene Beamtin des Kanzleramtes L. musste auf kaum eine Frage antworten. Und wenn es ihr freigestellt wurde, schwieg sie lieber.

Vorzeitiges Ende

Nicht nur Stocker, auch die Opposition tat sich bei der Befragung der Beamtin schwer. Eigentlich dachten die Fraktionen, dass sie L. zu einem Familienfest aus 2019 befragen könnten. ÖVP-Ministerinnen und Kanzler Sebastian Kurz sind kurz vor der EU-Wahl dort aufgetreten, gezahlt wurde das gemeinsam von Landwirtschaftsministerium, Kanzleramt und den Bundesgärten. Doch L. konnte auch da nicht weiterhelfen: Bezahlt worden sei das durch eine andere Sektion und die Vergabeabteilung sei nicht

eingebunden gewesen. Alle folgenden Fragen gingen ins Leere.

Bei der nächsten Befragung wurde es skurril: Der frühere Wiener Gemeinderat Siegfried Lindenmayr wurde geladen, da er Schriftführer der Lazarsfeld Gesellschaft war. Da aber schon in der Befragung davor festgestellt wurde, dass der Verein nicht Gegenstand des U-Ausschusses ist, konnten de facto gar keine Fragen an die Auskunftsperson gestellt werden.

„Sie konnten mich mit Ihrer Argumentation nicht überzeugen“, meinte der Vorsitzende Norbert Hofer (FPÖ) zu Hanger und blieb der Linie des Vormittags von Selma Yildirm (SPÖ) treu. Die ÖVP kritisierte daraufhin eine angeblich uneinheitliche Vorsitzführung,

die zum Nachteil der Volkspartei gehen würde. Der Abgeordnete Peter Weidinger appellierte sogar an Lindenmayrs staatsbürgerliche Pflicht, wurde von Hofer aber mehrmals unterbrochen. Die Befragung war nach 52 Minuten auch schon wieder vorbei.

Das ging so schnell, dass Josef Ostermayer, die dritte Auskunftsperson dieses Tages, noch gar nicht anwesend war. Die Sitzung musste deshalb für eine halbe Stunde unterbrochen werden. Ihn wollte die ÖVP vor allem zu Vorwürfen der Meinungsforscherin Sabine Beinschab befragen, wonach sie einst ein Angebot an Ostermayer geschickt habe. Die Befragung fand nach Redaktionsschluss statt. ■